

## **Regierungsratsbeschluss**

vom 15. März 2005

Nr. 2005/647

### **Vernehmlassung zur Strategie der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz BPUK zur Bekämpfung des Sommersmogs**

**Schreiben an die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz BPUK, Zürich**

---

#### **1. Erwägungen**

Mit Schreiben vom 22. Februar 2005 werden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Strategie der BPUK zur Bekämpfung des Sommersmogs Stellung zu nehmen.

Die hohen Ozonkonzentrationen im Sommer 2003 und die damals in den Kantonen unterschiedliche Handhabung von Massnahmen haben die BPUK bewogen, sich dem Thema Sommersmog anzunehmen und ein Informations- und Alarmkonzept auszuarbeiten.

Das Informations- und Alarmkonzept orientiert sich bezüglich der Schwellenwerte an den Grenzwerten der EU. Damit kann die Informationspolitik und Alarmierung in den grenzübergreifenden Regionen insbesondere im Tessin, in Basel und Genf, die gleichzeitig auch die Regionen mit den jeweils höchsten Ozonbelastungen darstellen, mit den Nachbarländern in Einklang gebracht werden.

Das Amt für Umwelt hat in einer kurzfristig durchgeführten Umfrage Stellungnahmen zu den vier in der Vernehmlassung gestellten Fragen bei folgenden kantonalen Stellen eingeholt: alle Departementssekretariate, Rechtsdienst BJD, Amt für Raumplanung, Amt für Verkehr und Tiefbau, Gesundheitsamt, Amt für öffentliche Sicherheit (Verkehrsmassnahmen), Kantonspolizei, Amt für Wirtschaft und Arbeit. Alle eingegangenen Rückmeldungen sprachen sich mit einer Ausnahme für ein Ja zu den vier Fragen aus.

Die Stellungnahme ist bis am 21. März 2005 an den Geschäftsführer der BPUK, Dr. George Ganz, Postfach 3249, 8049 Zürich, zu richten.

#### **2. Beschluss**

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Vernehmlassung zur Strategie zur Bekämpfung des Sommersmogs beschlossen.

K. Schwaller

Dr. Konrad Schwaller  
Staatsschreiber

**Beilage**

Schreiben an die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz BPUK, Zürich

**Verteiler**

Regierungsrat

Bau- und Justizdepartement

Amt für Umwelt

Amt für Raumplanung

Amt für Tiefbau und Verkehr

Volkswirtschaftsdepartement

Departement des Innern

Amt für Wirtschaft und Arbeit

Gesundheitsamt

Polizei

Büro Kantonsrat

Eidg. Parlamentarier (9)